

# Hochwasser, Hochwasser, wie hoch steht uns das Hochwasser?!

zugesagt: Schnelle und unbürokratische Hilfe nach dem »Jahrhunderthochwasser '81«  
abgesagt: Stadt Oberursel blockiert Schadensersatz durch Land und Kreis bis heute

Für die Krebsmüller war am 3. Juni 81, e i n u n d a c h z i g, der Tag, an dem die Krebse im Urselbach zurückkamen. In den frühen Morgenstunden war der Urselbach über die Ufer getreten und hatte die Krebsmühle in ein riesiges Wasserschloß verwandelt, in dessen Fluten sich gut und gerne einige tausend Krebse hätten tummeln können. Die Kellergeschosse im Verkauf und die Werkstatt-räume mit z.T. nagelneuen Schreinermaschinen waren über einen Meter überflutet.

Wasser-Marsch war angesagt, aber in die umgekehrte Richtung. Noch am selben Tag besuchte Oberursels Bürgermeister Harders die Krebsmühle, um sich von der Katastrophe und ihren Ausmaßen persönlich zu überzeugen. „Unbürokratische“ Hilfe war angesagt. Realer Schaden ca. 300.000.- DM. Für eine gemeinnützige Einrichtung wie die Krebsmühle eigentlich ein Schaden, der das Aus bedeutet.

Da wir nicht auf Profit arbeiten, sondern alle Erträge in soziale, kulturelle oder Arbeitsplatz schaffende Maßnahmen stecken, sind wir für solche Katastrophen nicht ausgerüstet. Außerdem tritt in solchen Fällen, bei sog. „Höherer Gewalt“, eine Versicherung nicht für den Schaden ein. „Unbürokratische Hilfe“, ein Begriff, der für uns in der Zwischenzeit ein echtes Reizwort ist.

Zunächst wurde unser ordnungsgemäß abgelieferter Antrag auf Entschädigung durch das Land an den Hochtaunuskreis verschlampt. Die Frist für die Einreichung war bereits verstrichen, als wir durch ein Telefonat erfuhr, daß unser Antrag gar nicht vorliege. Glücklicherweise hatten wir eine Durchschrift des Antrags im Hause, sonst wäre die „unbürokratische Hilfe“ bereits zu Beginn der Jungfernfahrt in den Hochwasserfluten der Bürokratie ertrunken. Nun denn auf ein Neues. Die Frist war abgelaufen, alles mußte in doppelter Geschwindigkeit erledigt werden. „Pustekuchen“ – ein einfacher Antrag genügt nicht.

aus:  
'Stadtgrenze' Nr. 5  
April 1984

Für eine „unbürokratische“ Hochwasserentschädigung mußte binnen fünf Wochen folgendes vorgelegt werden: Bilanz der Firma, Kassenbericht des Vereins, Darlehen- und



»Wasserschloß« Krebsmühle '81

Kreditaufkommen aus privaten Mitteln, Finanzierungskonzept der Krebsmühle, es sollten die Rechnungen für die Instandsetzungsarbeiten vorgelegt werden, d.h. erst beseitigen wir den Schaden und dann erhalten wir Zuwendungen ...?, die Reihe der geforderten Unterlagen kann noch fortgesetzt werden, wird aber beendet, um den Leser nicht zu ermüden.

Über all diesen Aufwendungen weiß jedermann, daß die Krebsmühle eine Einrichtung ist, in der niemand Geld in die eigene Tasche wirtschaften kann. Was also sollten diese ganzen Unterlagen bewirken? – Im Zuge dieser Entschädigung sollte mal so nebenbei geguckt werden, wie sich eigentlich die Krebsmühle finanziert.

Nun denn, wir habens gemacht. Zu Ende? Noch lange nicht. Wie gesagt, die Hochwasserkatastrophe war '81. Nach all diesen Arbeiten, an denen z.T. zwei Personen beschäftigt waren, schrieben wir Sommer '82.

Es ging weiter. Sollte das Geld als pauschale Summe oder als Kredit an die Krebsmühle gehen? Diese Frage beschäftigte die Instanzen ungefähr ein halbes Jahr. Im Oktober '82 kam der Bescheid vom Regierungspräsidium, daß die Krebsmühle 25.000.- DM als Entschädigung für den Hochwasserschaden erhält „... mit der Maßgabe, daß sich die Gemeinde und der Hochtaunuskreis mit einer Interessenquote von 30 v.H. beteiligen ...“

Der Schaden belief sich, wohlgerneht, anerkanntermaßen auf ca. 300.000 DM.

Diese sog. Maßgabe sollte ein weiterer Pferdefuß in der Bewilligung werden.

Im Klartext: Wenn die Stadt Oberursel ihren Anteil (ca. 3.500.- DM) nicht beisteuert, dann würde aus der Entschädigung überhaupt nichts.

So war es denn auch. Am 22.3.83 fand im Rathaus Oberursel ein Gespräch mit Vertretern der Krebsmühle und dem Stadtkämmerer Throll statt. Dieses Gespräch fand deshalb statt, weil die Stadt Oberursel nicht bereit war, ihren Anteil, die 3.500.- DM, zur Entschädigung zu leisten. Zwar hatte Bürgermeister Harders noch am Tage der Katastrophe vor Ort die „unbürokratische“ Hilfe zugesagt, aber in der Zwischenzeit waren bereits zwei Jahre vergangen, und was interessiert Herrn Throll, was der Bürgermeister zusagt!

In dem Gespräch, in dem es um alle Arten von bürokratischen Tricks und Finessen ging, äußerte sich Herr Throll klar, daß er nicht

gewillt sei, „einem Laden wie der ASH städtische Gelder zukommen (zu) lassen.“ Diese Aussage fehlt selbstverständlich in dem uns später zugesandten Protokoll. Von da an war klar, daß von der Stadt Oberursel kein Geld kommen wird.

Es gibt aber noch Leute, die Optimismus und Zuversicht empfinden. Ein solcher Herr kam im Frühjahr '83 in die Krebsmühle und wollte versuchen, wenigstens das andere Geld für die Krebsmühle locker zu machen. Ja locker machen, denn es saß durch die Borniertheit kleinkariert Stadtväter im Tresor fest.

»Wasserschloß« Krebsmühle '81

Die „Hessische Landesentwicklung- und Treuhandgesellschaft“, kurz HLT genannt, hatte uns diesen Mann nochmals vorbeigeschickt, nachdem die HLT schon den eigentlichen Antrag auf Hochwasserentschädigung mit uns zusammen bearbeitet hatte.

Der Mann von der HLT wollte versuchen, trotz des Querlegens der Stadt Oberursel, uns wenigstens den anderen Teil des Geldes zu beschaffen, da durch die zweijährige Bearbeitung des Antrags von Hochwasserentschädigung gar keine Rede mehr sein konnte, vielmehr konnte das zu erwartende Geld allerhöchstens als Lohnausfallentschädigung für die Bearbeitung des Antrags auf Hochwasserentschädigung angesehen werden.

Aber auch dieser Versuch, sage und schreibe drei Jahre nach der Katastrophe, ging schief, weil die Weigerung der Stadt Oberursel, ihren Anteil an der Entschädigung zu tragen, Vorrang vor unserem Schaden hatte. Das liest sich dann in dem abschlägigen Bescheid vom Regierungspräsidium in Darmstadt wie folgt:

„Die Hessische Landesentwicklung- und Treuhandgesellschaft mbH hat mit dem Schreiben vom 14. Februar mitgeteilt, daß die Stadt Oberursel weiterhin nicht bereit ist, ihren Anteil an der Interessenquote zu tragen. Außerdem hat eine Kurzprüfung ergeben, daß eine Liquidation der GmbH schon in absehbarer Zeit vorgesehen ist.“

Richtig! Aus den Folgen der Hochwasserkatastrophe waren wir im März '83 gezwungen, für die alte Firma in der ASH einen Vergleich durchzuführen, und wir haben sie auch aus „dem Verkehr“ gezogen.

Natürlich gibt es in der Krebsmühle eine neue GmbH, die als Gewerbebetrieb – wie die alte Firma – ausschließlich dazu dient, Arbeitsplätze zu schaffen und die gemeinnützige und gemeinschaftliche Arbeit in der ASH-Krebsmühle zu finanzieren.

Wenn der Verlauf der „unbürokratischen“ Hochwasserentschädigung ein Zeichen für Unterstützung und Kooperation durch die Stadt Oberursel sein sollte, können wir nur an „Schilda“, das kleine Örtchen mit den wundersamen Ereignissen, erinnern. Nur, die Geschichten aus „Schilda“ waren immer etwas lustig oder hatten eine gewisse Tragikomik, was im Fall der Stadt Oberursel eher als böser Streich unwilliger Magistrats herren interpretiert werden kann!

Wir freuen uns auf mehr „Schilda“ in Oberursel! Oder täuschen wir uns da für die Zukunft?

W.Frank